

nachrichten

Gesetzentwurf zur Energierreform ratifiziert

13 von 15 Senatoren haben sich für eine Umstrukturierung des elektrischen Energiesektors ausgesprochen und den vorgeschlagenen Electric Power Industry Reform Act ratifiziert. Lediglich J. P. Enrile stimmte gegen den Entwurf, Senator Vicente Sotto enthielt sich.

Das Energiegesetz sorgt für den legalen Rahmen einer Umstrukturierung der Energieindustrie und der Privatisierung des Energieunternehmens Napocor (bei Sozialisierung der Schulden). Es sieht ebenso eine Trennung der elektrischen Energieindustrie in vier Sektoren vor: Erzeugung, Übertragung, Aufteilung und Versorgung. Die Erzeugungs- und Aufteilungssektoren werden dem Wettbewerb geöffnet, während sich den anderen beiden durch die vorgeschlagene nationale Transmissionsgesellschaft (National Transmission Corp) angenommen wird. Unter dem Gesetz werden die finanziellen Verpflichtungen von Napocor zum Teil von der Nationalregierung übernommen, die jedoch nicht mehr als 200 Milliarden Pesos (3.937 Milliarden US-Dollar) der Schulden zahlen wird.

Nun kann die Arroyo-Regierung Anleihen bis zu 950 Millionen US-Dollar von der *Asian Development Bank* (ADB) und anderen ausländischen Kreditgebern erhalten — sie hatten die Privatisierung der Napocor dafür zur Bedingung gemacht.

vgl. *Business World*, 5.6.01

Neun Parteilisten disqualifiziert

Die Wahlkommission Comelec hat zahlreiche Parteilisten disqualifiziert und sich dabei auf die Richtlinien des Parteilistengesetzes berufen, das vorsieht, nur Listen zuzulassen, die die Unterrepräsentierten und Marginalisierten repräsentieren.

Eine Anzahl unter den Gruppen, die disqualifiziert wurden, hatte die Zwei-Prozent-Hürde übersprungen, um einen Sitz im Unterhaus zu gewinnen. — unter ihnen die estradanahe

Liste Mamamayan Ayaw sa Droga mit neun Prozent, die Association of Philippine Electric Cooperatives, die von 1998-2001 im Kongress vertreten war aber auch die Listen der grossen traditionellen Parteien LAKAS-NUCD und Nationalist People's Coalition. Nur die linksorthodoxe Liste Bayan Muna, das gemässigt linke Bündnis Akbayan und die Luzon Farmeres Party werden nun noch insgesamt 5 Vertre-

ter/innen ins Parlament entsenden können. Insgesamt können Parteilisten insgesamt 52 der 262 Sitze im Repräsentantenhaus einnehmen.

Die von den disqualifizierten Gruppen erzielten Stimmen sollen ungültig gemacht und von den gesamten Stimmen abgezogen werden, um auf diese Weise den Gruppen unterhalb der zwei Prozent einen Aufstieg möglich zu machen.

vgl. *PDI*; 26.7.01

Armut wächst — Hunger sinkt ?

Analysen der Ergebnisse des letzten Berichts über Familieneinkommen und — Ausgaben (Family Income and Expenditure Survey — FIES) zeigen, dass, im Vergleich zu 1997, heutzutage mehr Familien die Armutsgrenze erreicht haben. Nach Daten der NSO (National Statistic Office) ist der Anteil der unter der Armutsgrenze lebenden Menschen von 31,8 Prozent in 1997 auf 34,2 Prozent in 2000 gestiegen. Laut eines im Juli 2001 veröffentlichten Berichts der SWS (Social Weather Station) leiden die Armen jedoch weniger Hunger. Die Anzahl der Haushalte, die sich selbst als arm empfinden, ist, laut SWS, von 59 Prozent im März 2001

auf 66 Prozent im Juli 2001 bedeutsam gestiegen. Armut- und Hungertrends ständen sich dabei kontrastierend gegenüber.

Der Sprecher der Präsidentin, Rigoberto Tiglao, sieht die Ergebnisse des Berichtes als Indiz dafür, dass das Anti-Armut-Programm der Präsidentin auf dem richtigen Weg ist. Laut Tiglao ist es der Senkung der Inflationsrate zu verdanken, dass die Konsumenten fähig sind, sich die grundlegenden Mittel zum Lebenserhalt zu kaufen.

Die Prozentzahl der Haushalte, die angeben Hunger zu leiden und in den letzten drei Monaten wenigstens einmal gar nichts zu essen gehabt zu

haben, sind, laut Angaben des SWS, von 16,1 Prozent im ersten Halbjahr dieses Jahres auf 9,8 Prozent im zweiten Halbjahr gesunken. Diejenigen Haushalte unter der Kategorie »ernster Hunger«, laut Definition jene, die oft oder immer Hunger leiden, haben sich von 6,1 Prozent im März auf 3,7 Prozent im Juli reduziert.

Mindanao ist nach wie vor das Gebiet, welches am stärksten von »ernstem Hunger« betroffen ist. Sechs Prozent der Menschen dort leiden an starkem Hunger. Danach folgt Manila mit 4,4 Prozent.

vgl. *Business World*, 10/11.8.01;
Phil.Star, 15.8.01

Erweiterung der ARMM zum Scheitern verurteilt?

Der lokale Volksentscheid über eine erweiterte muslimische Autonomie scheint sich nicht zu Gunsten der ARMM auszuwirken. Dies resultiert größtenteils aus dem Mißtrauen der christlichen Mehrheit in Mindanao und Palawan. Während in den meisten der 15 Provinzen und 14 Städten Pessimismus herrscht, taucht in den Städten Marawi und Cotabato jedoch Hoffnung auf. Scheinbar haben sich deren Bewohner für einen Beitritt in die ARMM (Autonomous Region in Muslim Mindanao) ausgesprochen. Für die Volksabstimmung am 14. August 2001 wurden 4,9 Millionen Wähler erwartet. Nach Angabe von Wahlbeauftragten haben, aufgrund sintflutartiger Regenfälle,

jedoch nur etwa zwei Millionen Menschen gewählt. Neben dieser naturbedingten Wahlbehinderung seien aber auch mangelndes Wissen und Angst vor Gewalt weitere Gründe gewesen, nicht zur Wahl zu erscheinen.

Laut der Wahlkommission Comelec und dem Wahlbeobachter Namfrel (National Citizens' Movement for Free Elections) verlief die Volksabstimmung im Großen und Ganzen friedlich.

Auch auf Seiten der Regierung hörte man zufriedene Stimmen, scheint doch das Ziel erreicht, Malawi und Cotabato für sich zu gewinnen.

Die Ergebnisse der Wahlen werden von Comelec in etwa einer Woche erwartet. Die all-

gemeine Tendenz in den 15 Provinzen und 14 Städten (sogar in den stark muslimischen Provinzen Sultan Kudarat und Lanao del Norte) ging jedoch, laut Wählern und Wahlbeamten, nicht zugunsten eines Zusammenschlusses mit der ARMM. Einige muslimische Wähler meinten, dass die ARMM, seit ihrer Gründung im Jahre 1990, keine Veränderung in ihrem Leben bewirkt hätte. Von den meisten Wählern war erwartet worden, ihren Führern zu folgen und sich für eine Einbeziehung in die ARMM zu entscheiden.

vgl. *Phil.Star*, 15.8.01

Verdacht der Kollaboration des Militärs mit Abu Sayyaf

Nachdem der entführte Priester Cirilo Nacorda höchste militärische Beamte beschuldigt hat, mit den Abu Sayyaf gemeinsame Sache zu machen, behauptete er nun auch, dass sogar das FBI der Verschwörungstheorie seit Juni dieses Jahres nachgeht.

Nacorda, der der Rebellen-Gruppe während des Angriffs auf die St. Peters Gemeindekirche in Lamitan am zweiten Juni 2001 entkommen konnte, gab bekannt, das FBI hätte ihm Informationen zukommen las-

sen, die eine Verschwörung beweisen könnten.

Hector Janjalani, der jüngere Bruder des verstorbenen Abu Sayyaf Gründers Abdurajak Abubakar Janjalani, bestätigte das vermutete Einvernehmen von bestimmten Militär-, Polizei- und Regierungsbeamten mit den Abu Sayyaf. Er sagte, basierend auf dem, was er von seinem Bruder gelernt hätte, hätten Regierungsbeamte bewaffneten Abu Sayyaf-Mitgliedern geholfen, Entführungen zu planen.

Nacorda, der Gemeindepriester von Lamitan ist, trat nun in die Öffentlichkeit, weil er »die Aktivitäten des Militärs in Basilan nicht mehr hinnehmen« könne, und beschuldigte fünf militärische Offiziere, darunter auch Brigade-General R. Dominguez, es den Rebellen ermöglicht zu haben, aus dem Gebiet des Krankenhauses zu entkommen.

Dominguez sowie der AFP-Sprecher Edilberto Adan haben die Anschuldigungen zurückgewiesen.

vgl. PDI, 10.8.01

NDF- Führer gestorben

Antonio Zumel, ein führender Kopf der National Democratic Front (NDF), verstarb am 13. August 2001 in den Niederlanden. Der 69-jährige erlag einem Nierenversagen. Zum Zeitpunkt seines Todes war der ehemalige Journalist

der Zeitungen Philippines Herald und Manila Bulletin seit 21 Jahren Mitglied des Zentralkomitees der kommunistischen Partei (CPP), Ehrenpräsident der NDF seit 1994 und ranghöchster Berater des NDF-Verhandlungsgremiums seit

1992. Nach Informationen von Bagong Alyansang Makabayan ist Zumels Körper in seinem Haus in Utrecht aufgebahrt. Seine Verbrennung ist für den 18. August angesetzt.

vgl. PDI, 14.8.01

Blütenrein: Gloria Labanadera als Seife

Der Name der Präsidentin könnte bald — mehr als ihr lieb ist — ein Haushaltsname werden. Wenn sie dem Vorschlag zustimmt, können Hausfrauen und Hausmänner in naher Zukunft ein neues Waschmittel mit dem Namen »Gloria La-

bandera«, was so viel wie Wäscherin Gloria heißt, erwerben. Auf dem Entwurf der Packung ist neben dem Schriftzug ein Bild der Präsidentin zu sehen. Gloria Macapagal-Arroyo, hatte sich während EDSA 3 stolz zu ihren Wurzeln bekannt. Ihre

Großmutter hatte als Wäscherin gearbeitet.

Ob sie jetzt auch stolz genug ist, um ihr Bild auf einer Seife zu sehen, bleibt abzuwarten.

vgl. PDI, 5.7.01

GMA's Visionen über den Zustand der Nation

Die Präsidentin Macapagal-Arroyo hat in ihrer ersten »State of the Nation«-Ansprache (SONA) zur Eröffnung des 12. Kongress ein 4-Punkte-Programm vorgelegt. Die Präsidentin steht der Herausforderung gegenüber, mit einer Ökonomie, die einem Schutthaufen gleicht, in einem zeitlichen Rahmen von nur 2 Jahren Ergebnisse zu erzielen.

Arroyos Rede war lang, jedoch kurz und bündig darin, eine strategisch kühne Sozialpolitik zu betreiben, indem sie einen Transfer des Wohlstands von den Reichen zu den Armen ankündigte.

In ihrem Vier-Punkte-Programm stellte sie eine konkrete Vorgehensweise für die nächsten ein bis zweieinhalb Jahre vor.

Ihre Vision, »den Krieg gegen die Armut in dieser Dekade zu gewinnen«, will sie mittels vier Komponenten verwirklichen — erstens, eine Wirtschaftspolitik des freien Unternehmertums »mit einem sozialen Gewissen«; zweitens, ein modernisierter landwirtschaftlicher Sektor der auf sozialer Gerechtigkeit gegründet ist; drittens, ein sozialer Schnitt zugunsten der Benachteiligten, um die wirtschaftliche Entwicklung auszubalancieren; und viertens, die moralischen Standards der Regierung und der Gesellschaft zu erhöhen und die Einhaltung der Gesetze zu gewährleisten.

Arroyo will durch spezifische Programme die Durchführung dieser vier Punkte vorantreiben.

Dazu gehören unter anderem: Schulbau in jedem barangay bis 2004, mehr Lehrer/innen und diese mit höherem Gehalt, eine Million neue Jobs in Landwirtschaft und Fischerei, die Durchführung der Landreform, Preissenkung für die wichtigsten medizinischen Mittel sowie eine vollständige Computerisierung der Wahlen 2004.

Die Regierung behauptet, im Haushalt genügend Geld für die Umsetzung der Pläne zu haben, und erklärte das immense Haushaltsdefizit durch eine nachdrückliche Steuereintreibung und eine umsichtige Geldinvestition kontrollieren zu können.

vgl. *butlatat.com*, 24.7.01; PDI, 23.6.01

nachrichten

MILF und MNLF bald wiedervereinigt?

Die separatistische Moro Islamic Liberation Front (MILF), die zur Zeit mit der Regierung Arroyo Friedensgespräche führt, hält separate Verhandlungen über eine mögliche Verbindung mit der Moro National Liberation Front (MNLF). Die Kontakte zwischen der MILF und der MNLF wurden während Gesprächen der MILF mit der Regierung in Malaysia geknüpft.

Die MILF entstand aus einer Zersplitterung der MNLF im Jahre 1978, welche 1996 einen Friedensvertrag mit der Regierung schloss.

Eduardo Ermita, ranghöchster Berater Arroyos bei den Friedensgesprächen, sagte, dass es einen sichtbaren »Führerschaftskampf« innerhalb der 15-köpfigen Vorstandsversammlung der MNLF gegeben hätte. Bestimmte Mitglieder hätten dabei auf eine Wiedervereinigung mit der MILF gedrängt. Nur Misuari, der Begründer und Vorsteher der MNLF, sei »augenscheinlich nicht Begünstigter« dieses Vorschlags, so Ermita.

In Mindanao hat es am 14. August 2001 eine Volksabstimmung über die Ausweitung der autonomen Region Muslimmindanaos (ARMM) gegeben, welche bis jetzt vier muslimisch dominierte Provinzen in den südlichen Philippinen umfasst. Lediglich die Provinz Basilan und die Städte Marawi und möglicherweise Cotabato haben für einen Beitritt gestimmt. In den übrigen Provinzen hat es größtenteils überwältigende Nein-

Entscheidungen gegeben. vgl. PDI, 3.8.01